

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Gerhard Stoltenberg
Was heißt heute
eigentlich „links“?

Helmut Schmidt
Was bedeutet heute
eigentlich „rechts“?

B 4/63
23. Januar 1963

Die in dieser Ausgabe veröffentlichten Beiträge wurden zuerst vom Norddeutschen Rundfunk im 3. Programm gesendet.

Gerhard Stoltenberg, Dr. phil., Universitätsdozent. Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU). Geb. 29. 9. 1928 in Kiel.

Helmut Schmidt, Diplomvolkswirt, Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg. Von 1953 bis 1961 Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD). Geb. 23. 12. 1918 in Hamburg.

Herausgeber: Bundeszentrale für Heimatdienst
53 Bonn/Rhein, Königstraße 85.

Nachforderungen der Beilagen „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, zu richten. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT zum Preise von 1.89 monatlich bei Postzustellung einschließlich Beilage ebenfalls nur an die Vertriebsabteilung. Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 6,— pro Stück einschließlich Verpackung zuzüglich Portokosten an die Vertriebsabteilung Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Telefon 34 12 51.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „aus politik und zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerungen der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Was heißt heute eigentlich „links“?

Viele Begriffe sind in den gängigen Tagesgebrauch der Politik, der Publizistik und auch in die wissenschaftliche Diskussion eingegangen, ohne daß ihr Ursprung noch bewußt und ihre Bedeutung im Wandel der Zeit klar umrissen ist. Dazu gehören die Vokabeln „rechts“ und „links“ zur Unterscheidung politischer Parteien und gleichzeitig gewisser Grundtypen politischen Denkens und Handelns. Sie tauchen ständig auf, aber mit ihnen verbinden sich zunehmend nur unklare Assoziationen, Gefühle der Zu- und Abneigung, fragwürdig gewordene Stimmungen einer politischen und moralischen Wertung.

Begriffliche Unklarheit ist besonders in der Politik von Übel. Es ist deshalb beklagenswert, daß wir in vielen Debatten und im politischen Journalismus seit 1945 — nach einer kurzen Phase des Bemühens um wirklich neue Denkformen — so stark in überholte Klischees und ungeprüfte Vorurteile zurückgefallen sind.

Wer weiß noch, woher die Vokabeln „rechts“ und „links“ eigentlich stammen? Die Erklärung ist recht einfach, fast banal. Sie kommen (wie vieles in unserer politischen Terminologie) aus der Frühzeit des konstitutionellen Systems in Europa, dem bürgerlichen Frankreich zwischen 1830 und 1848 nach Napoleon und der streng konservativen Restauration. Es waren zunächst formale, äußere Kriterien: In dem Pariser Parlament saßen um 1840 (vom Präsidenten aus gesehen) die Konservativen auf der „rechten“, die Liberalen auf der „linken“ Seite des Hauses, eine Regelung, die später von den meisten westeuropäischen Volksvertretungen übernommen wurde.

Aber nur für einige Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts war diese einfache Gleichung „konservativ = rechts“, „liberal = links“ anwendbar. Schon relativ früh gab es unter diesen Sammelbegriffen sehr unterschiedliche Kräfte. Aus ökonomischen und konfessionellen Spannungen erwachsen zudem andere Parteibildungen, für die dieses Schema nicht anwendbar war. Seit den siebziger, achtziger Jahren gewannen dann in fast allen westeuropäischen Staaten im Gefolge der industriellen Revolu-

tion die sozialistischen Arbeiterparteien schnell an politischer Werbekraft. Sie veränderten die innenpolitische Szenerie unseres Kontinents grundlegend.

Solange nur der Dualismus zwischen Liberalen und Konservativen bestand, erschien vielen die Klärung der Begriffe relativ einfach: „Links“ kämpften die Kräfte des Fortschritts, der entschiedenen Reform, die den monarchisch-absolutistischen oder feudalen Staat in einen Verfassungsstaat umwandeln wollten, in dem das gebildete, besitzende Bürgertum durch Parlamente das Schicksal des Staates, der Nation mitbestimmen konnte. Die sozialistischen Parteien der neuen „Linken“ standen aber mit ihrer zumeist klassenkämpferischen, revolutionären Programmatik in einer Grundspannung nicht nur zu den konservativen Kräften der „Rechten“, sondern auch zu den liberalen bürgerlichen Gruppen.

So ist im Grunde seit dem Ende des 19. Jahrhunderts das Begriffspaar „links“ und „rechts“ zur Kennzeichnung der politischen Hauptströmung Europas nicht mehr zureichend. Es hat sich dennoch bis in die politische Tagesprache unserer Gegenwart behauptet.

Wir können wohl nicht von ungefähr manche Bemühungen verzeichnen, diese zählebigen, gleichsam unverwüstlichen Vokabeln durch neue Interpretationen wieder sinnvoll und auch für den reflektierten wissenschaftlichen Sprachgebrauch geeignet werden zu lassen. Dieser Versuch zielt in der Regel auf eine Typisierung. „Links“ und „rechts“ sollen, von der geschichtlichen Situation abgelöst, unter bestimmten moralischen Prämissen als Grundpositionen menschlichen Verhaltens zum Leben und zur Politik verstanden werden.

Der Publizist Horst Krüger hat sich beispielsweise unter diesem Vorzeichen im „Monat“ (Oktoberheft 1961) um eine Antwort auf unsere Frage „Was ist eigentlich links?“ bemüht und eine lebhafte Diskussion ausgelöst. Er schrieb: „Links konnte man immer stehen: im Spartakus-Aufstand des alten Roms, in den Bauernaufständen des 16. Jahrhunderts, in der

Bundesrepublik von 1961. Links ist in diesem Sinne eine ‚ewige‘ Haltung. Es entspricht ihr eine bestimmte Konzeption von Gesellschaft schlechthin. In der Tiefe ist sie eine moralische Haltung.“ Der „Linke“ glaubt, so meint Krüger an die „Veränderbarkeit der Welt“, glaubt prinzipiell an den „realisierbaren Glücksanspruch jedes einzelnen Menschen“. Er ist nicht „Tragiker, sondern Optimist“. „Er glaubt an die gerechte Welt überhaupt. Sein Glaube ist ein sozialer Welthumanismus.“ Walter Dirks, gleich Krüger um eine geistige Neubegründung der „linken“ Position bemüht, meinte etwas Ähnliches, als er schrieb: „Nichts ohne Not ändern, ist das stille Bekenntnis der Rechten. Das Notwendige tun, ist der lautere Wille der Linken“.

So geistvoll und fesselnd derartige definitorische Bemühungen gelegentlich sind, sie können nicht befriedigen. Zu viele historische und politische Phänomene widersprechen diesem Typenschema und seinen moralischen Vorzeichen auf das entschiedenste.

Waren die Führer des amerikanischen Unabhängigkeitskampfes von 1776/1783 Männer der „Linken“? Von George Washington und Alexander Hamilton wird dies niemand ernsthaft behaupten. Otto Vossler und andere namhafte Historiker haben jedoch in sorgfältigen Untersuchungen dargestellt, daß auch Thomas Jefferson zu der Zeit, als er seine berühmte Unabhängigkeitserklärung schrieb, vom historischen Rechtsstandpunkt der Kolonien gegenüber dem Mutterland ausging, einem im Grunde also konservativen Argument.

Kann man den Freiherrn vom Stein und Scharnhorst als Männer der „Linken“ bezeichnen? Krüger meint, daß „in Deutschland der Staatsbeamte und der Soldat stets rechts gewesen seien“. Aber Stein, der große Verwaltungsfachmann und moralische, schöpferische Geist, und Scharnhorst, der gebildete, reflektierende Offizier, verwirklichten als treue Diener der preußischen Monarchie einschneidende Reformen von weitreichender Bedeutung.

Wer hat die politischen Zustände Deutschlands im 19. Jahrhundert grundlegender verändert als Bismarck? Und lange vor den meisten Politikern der liberalen „Linken“, die im Fortschritts- und Harmoniedenken befangen waren, erkannten manche Männer der konservativen „Rechten“ (Theodor Lohmann, Adolf Wagner, Hermann Wagener u. a.), wie einschneidend die gesellschaftlichen Wandlungen

der industriellen Revolution waren und wie sehr sie eine aktive staatliche Sozialpolitik erforderlich machten. Diese wenigen Beispiele mögen genügen, um die Fragwürdigkeit der zitierten Typisierung zu verdeutlichen.

Zu den alten Unterschieden zwischen Konservativen, Liberalen, Christlichen Demokraten und Sozialisten in ihren verschiedenen Schattierungen kommt seit einem halben Jahrhundert noch eine weitere grundlegende Differenz, die das Begriffsschema „rechts“ und „links“ zusätzlich entwertet. Es ist das Entstehen totalitärer Parteien und Herrschaftssysteme aus Ideologien und Gruppierungen sowohl der überkommenen „Rechten“ wie „Linken“. Die kommunistische Partei Lenins — und später auch Stalins wie Chruschtschows — nahm (und nimmt) für sich in Anspruch, Vollstreckerin der eigentlichen sozialistischen Ziele, Programme und Hoffnungen zu sein. Ihr ist nach der geltenden Doktrin die geschichtliche Verwirklichung der von Marx formulierten Aufgabe des Proletariats gelungen. So wird die kommunistisch-sozialistische Gesellschaft als Erfüllung des humanistischen und demokratischen Strebens der „Linken“ vergangener Generationen gepriesen.

In der zunächst verwirrenden und schwierigen Auseinandersetzung mit diesen Parolen hat sich in Europa eine moderne Form des demokratischen Sozialismus ausgeprägt, der einen deutlichen Trennungsstrich zu der in manchen ideologischen Wurzeln benachbarten kommunistischen „Linken“ zieht. Die Herausforderung des Totalitarismus ließ manche scheinbar unüberbrückbaren Gegensätze zwischen den gemäßigten sozialistischen, liberalen und konservativen Kräften geringer werden. Wesentliche Unterschiede bestehen weiter, aber sie haben in der Regel ihre unversöhnliche, einander nahezu ausschließende Schärfe verloren. Eine ganz ähnliche Wirkung hat dann auch das Aufkommen von totalitären Systemen unter „rechten“ Vorzeichen gehabt, des Faschismus in Italien und des Nationalsozialismus in Deutschland.

Es war für viele ein schmerzlicher und langwieriger Prozeß, aus überkommenen Denkformen und „Freund-Feind“-Vorstellungen herauszukommen und die neuen Fronten zwischen Freiheit und Unfreiheit klar zu erkennen. Ohne die Hilfe der Deutschnationalen Partei Hugenburgs wäre Hitler am 30. Januar 1933 nicht Reichskanzler geworden. Aber Kon-

servative, frühere Deutschnationale, wie Karl Goerdeler, fanden sich mit evangelischen und katholischen Christen anderer Gruppierungen, mit Liberalen und demokratischen Sozialisten in der Widerstandsbewegung gegen den totalitären Staat zusammen.

In ihren grundlegenden Reflexionen und Planungen, vor allem im Kreisauer Kreis, wurden tief eingewurzelte Gegensätze überbrückt oder doch, angesichts der gemeinsamen Aufgabe gegenüber der furchtbaren Zerstörungsgewalt einer Diktatur für Freiheit und Recht einzutreten, in ihrer relativen Größenordnung erkannt. Auf der anderen Seite hat die fragwürdige kommunistische Parole von der sozialistischen Solidarität der „Linken“, der Arbeiterschaft gegenüber Bürgertum und Kapitalismus seit 1945 ihre einstmals werbende Kraft stark eingebüßt. Ihre zündende Wirkung ist vor allem durch die furchtbare Anschauung der Praxis kommunistischer Herrschaft in Mittel- und Osteuropa zurückgegangen. In Italien und Frankreich spürt man sie freilich noch deutlich, auch bei kleinen, lautstarken Gruppen der sogenannten „heimatlosen Linken“ in Deutschland, die sich als „neue linke Intelligenz“ deklarieren möchten.

Das Aufkommen der modernen Diktaturen unter verschiedenen Vorzeichen hat somit die alten Orientierungspunkte „rechts“ und „links“ noch problematischer gemacht. Die Extreme berühren sich; diese Feststellung finden wir schon früh. In den zwanziger Jahren tauchen die Formulierungen vom „Nationalbolschewismus“ auf, von den „Linken Leuten von rechts.“ In der Tat gibt es manche historische Beispiele für ein nicht nur taktisches Zusammenwirken der Flügelparteien in Deutschland und anderswo, eine erstaunliche Übereinstimmung im Absolutheitsanspruch, bestimmten Methoden des Terrors, der Verfolgung der christlichen Kirchen, der Einstellung zur Kunst, Gemeinsamkeiten, die trotz der unterschiedlichen ideologischen Begründung und Programmatik offenkundig sind.

Was ist denn heute, unter dem Schatten totalitärer Erfahrungen und Drohungen eigentlich „links“?

Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Fritz Erler hat dazu in der schon erwähnten Diskussion im „Monat“ geschrieben: „Der rechte Pol ist gekennzeichnet durch die Beharrung, die Bewahrung des Bestehenden, die Ordnung, die Form, der linke Pol durch die Dynamik, die Veränderung, den Geist, die

Freiheit, den Inhalt.“ Erler ist in seiner Definition subtiler als der eingangs erwähnte Krüger. Er meint, „daß die verschiedenen Erscheinungen im politischen Leben immer nur ein Überwiegen der Eigenschaften des einen oder anderen Pols kennen. Die Ordnungsbilder des fortschrittlichen linken und des konservativen rechten Grundzuges finden sich daher in manchen Elementen bei jeder unserer Parteien wieder.“

Aber auch dieser Versuch einer Neubewertung der Begriffe kann nicht überzeugen. Daß der Geist „links“ stehe und die Idee der Freiheit bei der „Linken“ zu Hause sei, entstammt der Vorstellungswelt des 19. Jahrhunderts. Es kann natürlich heute noch so sein, aber als Reservat der „Linken“ zur Abgrenzung nach „rechts“ sind Worte wie Geist und Freiheit nicht mehr geeignet.

Wie ist es mit der Dynamik, dem Willen zur Veränderung? Nachdem viele Staaten Jahre und Jahrzehnte hindurch sozialistisch regiert wurden, können sie sich genau so unter konservativen Vorzeichen manifestieren. Unter dem Motto „Its time for a change“ siegte Eisenhower 1952 in den USA als Kandidat einer konservativ bestimmten Republikanischen Partei nach 20 Jahren der demokratischen Ära Roosevelt-Truman. Eine verjüngte, dynamische Konservative Partei gewann 1951 die Unterhauswahlen in England und löste die sozialistische Regierung mit einem Programm ab, in dem individuelle Freiheit von einem Übermaß an staatlichen Eingriffen in die Gesellschaft und die persönliche Sphäre gefordert wurde.

Diese Hinweise erscheinen mir notwendig, wenn wir den politischen Begriff „links“ von übertriebenen Ambitionen und ideologischem Ballast befreien, ihn gleichsam „entmythologisieren“ wollen, um in vorsichtiger und bescheidener Weise seinen begrenzten Auswertungswert zu begreifen. Dabei bleibt uns der Versuch einer ungefähren Definition nicht völlig erspart, nachdem wir das Fließende, Vieldeutige dieser Vokabel gegenüber zu eingegengten Kennzeichnungen betont haben, ihre Anwendung (vielleicht sogar Unentbehrlichkeit) im politischen Sprachgebrauch aber doch in Rechnung setzen müssen.

„Links“ und „rechts“ können wir nur als Hilfsörter ansehen. Sie sind keine exakten Größen in sich, geschweige denn moralisch unterschiedene Werte. Die Vielfalt der Erscheinungen in Geschichte und Politik ist zu groß,

Recht und Unrecht, Gut und Böse sind zu komplex, oft in einer Person, einer Gruppe und einem Ereignis unlösbar miteinander verbunden, um in ein so einfaches polares Begriffsschema eingefangen werden zu können. Je gründlicher wir uns mit historischen Phänomenen auseinandersetzen, je eindringlicher und unvoreingenommener wir das politische Geschehen unserer Zeit wirklich zu begreifen versuchen, desto mißtrauischer werden wir gegenüber allen Bemühungen einer vorschnellen Systematisierung, des Einordnens von Personen und Ereignissen in zu einfache Kategorien, wie sie von einer populären Spielart der Soziologie und des politischen Journalismus leider oft geübt wird.

Mit dem Begriff „links“ verbinden sich als gültiges Kennzeichen somit nur gewisse generelle Tendenzen. Die „Linke“ erstrebt die Wandlung der überkommenen politischen und gesellschaftlichen Ordnung mit dem Anspruch, den Menschen durch die Beseitigung hierarchischer Ordnungen ein besseres und glückliches Leben zu ermöglichen. Soweit sie selbst regiert und ihre konkreten innenpolitischen Ziele zunächst verwirklicht hat, verlagert sich dieses Programm oft in die Sphäre der Außenpolitik, sei es unter dem Vorzeichen einer allgemeinen sozialistischen und humanistischen Solidarität, der kommunistischen Weltrevolution oder der antikolonialistischen Parolen in den Entwicklungsländern. Die „linken“ Gruppen sind so durch revolutionäre oder grundlegende reformerische Zielsetzungen bestimmt. Diese entziehen sich jeder allgemeinen Wertung und können nur in der unendlichen Vielfalt politischer Situationen individuell begriffen und beurteilt werden. Der Kampf eines Fidel Castro gegen eine Rechtsdiktatur für innere Freiheit und soziale Gerechtigkeit in Kuba fand die Sympathien der ganzen westlichen Welt. Aber hinter diesen „linken“ Parolen eines scheinbar demokratischen Sozialismus verbarg sich ein neuer totalitärer Anspruch, der schließlich in ein kommunistisches System einmündete. Die Rechtsdiktatur wurde von der Linksdiktatur abgelöst. Ob dies für die Menschen Kubas auch nur ein relativer Fortschritt ist, bleibt sehr zweifelhaft.

Die „Linke“ betont die Funktionen des Staates im wirtschaftlichen und sozialen Bereich, zur Daseinsvorsorge für den einzelnen und Einebnung überkommener Hierarchien. Dies war nicht immer so; die europäischen Linksliberalen des ausgehenden 19. Jahrhunderts

standen einer aktiven staatlichen Sozialpolitik ungleich skeptischer gegenüber als die meisten Konservativen. Aber seitdem die Begriffe „links“ und „sozialistisch“ in eine engere Beziehung traten, ist die Überzeugung von der Notwendigkeit umfassender staatlicher Interventionen im Ökonomischen ein typisches Merkmal der „Linken“. Auch hier bleibt die Kennzeichnung notwendigerweise vage. Ob im kommunistischen System mit der Parole von der Diktatur des Proletariats der omnipotente Staat den einzelnen total beherrscht, oder ob die Eingriffe sich im demokratischen Verfassungsstaat mit sozialistischer Regierung in legalen Formen, also nach den Normen des Rechts, vollziehen, ist ein ganz entscheidender qualitativer Unterschied.

Aber auch innerhalb der nichtkommunistischen Welt ist eine weitgehende Differenzierung notwendig. Tiefgreifende soziale Reformen sind für viele Staaten Asiens und Südamerikas angesichts des rapiden Bevölkerungswachstums und der kommunistischen Herausforderung zweifellos ein lebenswichtiges Gebot. Doch die konkrete Gestalt der „linken“, auf einen Wandel drängende Gruppen ist gerade in diesen Kontinenten wenig einheitlich. In einigen Ländern, vor allem in Mexiko und Venezuela, haben sich „linke“ Parteien sozialistischer, christlich-sozialer oder republikanischer Prägung durch sichtbare Leistungen als wettbewerbs- und handlungsfähig gegenüber der totalitären Gefahr erwiesen. Andererseits sind in Argentinien, Brasilien und mehreren kleineren Staaten „linke“ sozial-reformerische Kräfte aus ideologischer Verworfenheit oder dilettantischem taktischen Kalkül politische Bündnisse mit den Kommunisten eingegangen, über deren Gefährlichkeit nach dem kubanischen Beispiel kein Zweifel mehr bestehen kann. Das gleiche gilt für maßgebliche „linke“ Gruppen in einigen asiatischen und afrikanischen Ländern, vor allem in Ceylon, Indonesien und Ghana.

Jedoch selbst bei einer klaren Abgrenzung zu totalitären Tendenzen hat der „linke“ Weg keineswegs immer die besten Ergebnisse für den politischen und sozialen Fortschritt in rückständigen Staaten gebracht. Die Forderung nach grundlegender Reform oder Revolution kann uneingeschränkt geboten sein, wenn in manchen Entwicklungsländern die Staatsführung mit kleinen, immobilen und korrupten Feudalgruppen identisch ist, die jedes Fortschreiten zu modernen Formen öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens ver-

hindern. Sie erscheint jedoch in solchen Ländern fragwürdig, ja gefährlich, die (wie z. B. Japan, Malaya oder die Philippinen) mit dem System einer freieren Wirtschaft und legal gewählten Regierungen für ihre Bürger wesentliche größere Erfolge errungen haben, als vergleichbare sozialistische Staaten. Die Frage, ob und in welchem Umfang die „linken“ Rufe nach einem grundlegenden Wandel und mehr staatlichen Interventionen begründet sind, ist somit auch für die Entwicklungsländer nicht generell zu beantworten.

Dieser Hinweis auf praktische Beispiele, bestimmte politische Gruppierungen und Konstellationen mag genügen. Er erscheint mir für die Diskussion von Begriffen unerlässlich, wenn sie nicht in ideologischer Abstraktion, Wunschenken oder geistvollem Feuilletonismus enden soll. Der kurze, durchaus sporadische Ausblick auf die politische Wirklichkeit in ihrer unendlichen Vielfalt soll die These verdeutlichen, daß die Vokabeln „links“ und „rechts“ nur noch Hilswörter sein können, die ohne eigenen Aussagewert sind und in jedem Einzelfall der Präzisierung durch Hauptwörter und einer genauen, situationsbezogenen Beschreibung bedürfen. Sie werden wahrscheinlich auch in Zukunft unentbehrlich sein. Aber wenn wir uns gegen jeden Versuch wehren, sie absolut und autonom zu setzen, wenden wir uns zugleich gegen ein Denken in den Klischees und Fronten von vorgestern, die auch im modischen Aufputz avantgardistischer Literatur veraltet sind.

In Deutschland scheinen seit 1945 die geistesgeschichtlichen und realpolitischen Voraussetzungen für neue, zeitgemäße Denk- und Organisationsformen günstiger zu sein als jemals zuvor. Es gibt bei uns aber viele Menschen, die nach den Überspanntheiten einer totalitären Weltanschauung, eines verlogenen politischen Messianismus, tief enttäuscht sind

und Politik jetzt nur noch vordergründig als nackten Macht- und Interessenkampf sehen wollen. Sie merken dabei nicht, wie sehr sie wieder einem falschen Vorurteil, diesmal unter den entgegengesetzten Vorzeichen der Verneinung oder Skepsis, verfallen.

Daneben bestehen die alten ideologischen Positionen der „Rechten“ und „Linken“ fragmentarisch in einer gewandelten Welt weiter. Dies wird bei uns in besonders peinlicher Weise bei manchen zeitgeschichtlichen und tagespolitischen Diskussionen über den Nationalsozialismus und Kommunismus, die „rechte“ oder „linke“ Diktatur, deutlich. Wir erleben unter beiden konträren Vorzeichen immer wieder den offenen oder unausgesprochenen Versuch, die zwei Systeme unter moralischem Vorzeichen grundlegend qualitativ zu unterscheiden, das aktive Eintreten für die eine oder die andere Herrschaftsform in der Bewertung von Personen und Ereignissen a priori, ohne genaue wissenschaftliche Prüfung der Einzelsituation, verschieden zu bewerten.

Um so eindeutiger müssen wir den Trennungsstrich zur extremen „Rechten“ und „Linken“ gleichermaßen ziehen. Im freiheitlichen Rechtsstaat sollen die wesentlichen Prinzipien Gemeingut aller demokratischen Kräfte sein. Begriffe wie Freiheit, Recht, Loyalität zur Verfassung und soziale Verantwortung, sind nicht das Reservat einer politischen Richtung. Es bleibt genug an wichtigen, tiefgreifenden Unterschieden. Auf politische Vokabeln zur Kennzeichnung der verschiedenen Gruppen und Tendenzen können wir nicht verzichten. Aber in den Namen unserer Parteien, in ihren Programmen und der allgemeinen ernsthaften Diskussion über Fragen des Staates finden wir geeignetere Begriffe für möglichst präzise Analysen und Aussagen, als in dem alten Schema „rechts“ und „links“.

Was bedeutet heute eigentlich „rechts“?

In den politischen Nachschlagewerken erfährt man, daß die Bezeichnungen rechts und links aus der Anfang des 19. Jahrhunderts in Frankreich aufgekommenen Sitzordnung der Parlamente herrühren, wie sie sich in den meisten Ländern des europäischen Kontinents im Laufe der Zeit eingebürgert hat. Ursprünglich pflegten zum Beispiel — vom Präsidenten des Hauses aus gesehen — im Deutschen Reichstag im 19. Jahrhundert die Liberalen links zu sitzen, die katholische Fraktion in der Mitte und die Konservativen rechts. Wer in bezug auf jene Zeit von der sogenannten „Rechten“ spricht, weiß also genau, was er meint. Und wenn eine von den Liberalen oder Freisinnigen abgespaltene Gruppe sich zum politischen Zusammenwirken mit den Konservativen entschloß, so konnte man mit Eindeutigkeit sagen: sie schwenken nach rechts. Heute — ein Jahrhundert später — ist das mit gleicher Eindeutigkeit auch nicht entfernt mehr möglich.

Liberal — Zentrum — Konservativ: diese stark vereinfachte Reihe innerpolitischer Grundattitüden oder Ideologien glich einem kontinuierlichen Spektrum von Farben — wenn auch mit vielen Zwischenschattierungen und zum Teil unmerklichen Übergängen. Die Parteiprogramme und grundsätzlichen Schriften der politischen Parteien Deutschlands ließen in ihrer Entstehungszeit gleichwohl eine ziemlich weitgehende Subsummierung unter die drei genannten Hauptrichtungen zu. Damit war auch die Identifizierung mit „links“, „Zentrum“ und „rechts“ als parlamentsinterne, quasi Sitz-geographische Ortsbestimmung eine klare Sache. Mit der Gründung des Bismarck-Reiches kamen dann die Sozialdemokraten hinzu; sie saßen selbstverständlich links von den Liberalen, weil ihre Vorstellung von Parlament, Demokratie, Volksherrschaft, und sozialer Gestaltung wesentlich radikaler war als diejenige der Liberalen, die sich später endgültig spalteten, und zwar in einen Teil der links vom Zentrum, und einen anderen Teil, der rechts vom Zentrum lokalisiert war. Anno Weimar saßen dann also links die Sozialdemokraten und die fortschrittlich Liberalen (die sich damals Deutsche Demokratische

Partei nannten); rechts saßen die Nationalliberalen, die sich nunmehr Deutsche Volkspartei nannten, und die ehemaligen Konservativen, die sich jetzt Deutsch-Nationale nannten. Mit dem Ende des Weltkrieges waren jedoch schon neue politische Kräfte in Erscheinung getreten; wenn wir im Bilde des Farbenspektrums bleiben wollen, so könnten wir die Kommunisten als Ultra-Linke und die Nationalsozialisten als Ultra-Rechte bezeichnen.

Diese beiden bewußten Totengräber des ersten Demokratie-Versuches der Deutschen haben in mancher Leute Augen die Vorstellung von rechts und links suspekt gemacht und diskreditiert. Da sie beide gleichermaßen für totalitäre Herrschaft von ziemlich ranggleicher Scheußlichkeit stehen: wieso soll eigentlich Hitler zur sogenannten „Rechten“, Ulbricht zur sogenannten „Linken“ gezählt werden? Die Nationalbolschewisten der Weimarer Zeit hätten ja dann als „Zentrum“ angesprochen werden müssen! Und wenn wir von den Totalitären absehen und nur unsere *heutigen* Parteien betrachten; was bedeutet heute eigentlich: „rechter Flügel“ der SPD oder „linker Flügel“ der CDU? Sind die sogenannten „Rechten“ in der SPD etwa konservative Sozialdemokraten, sind die sogenannten „Linken“ in der CDU/CSU etwa die liberalen Katholiken? Offenbar wäre eine solche Definition ziemlich irreführend.

Wenn Männer wie Willy Brandt oder Herbert Wehner als „rechte Sozialdemokraten“ bezeichnet werden (wie es aus kommunistischem Munde häufig geschieht — beiläufig gesagt — in der Absicht, diese Männer herabzusetzen): werden sie so bezeichnet, weil sie etwa konservativ sind? Sie sind in Wahrheit doch sicher von sehr viel weniger konservativer Haltung als jene ihrer Parteifreunde, die krampfhaft an tradierten, angeblich „marxistischen“ Theorien festhalten und sich weigern, ihre Theorien entsprechend der längst veränderten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Wirklichkeit zu korrigieren.

Was heißt also eigentlich heute „rechts“? Diese Frage erscheint berechtigt, aber schwer

zu beantworten. Und mir will scheinen, daß viele Menschen sie — je nach ihrer politischen und historischen Bildung, je nach ihrem gesellschaftlichen Standort, ja nach ihren Traditionen und ihrer persönlichen Umwelt — völlig verschieden beantworten.

Während fast jedermann weiß, welches die linke Seite seines Körpers ist, nämlich diejenige, wo sein Herz sich befindet — und welches die rechte Seite, nämlich diejenige, wo der Blinddarm sitzt, so wird doch jeder auf die Frage, was politisch die Kategorien „links“ und „rechts“ bedeuten, seine eigene, höchstpersönliche Antwort geben.

Da ich weder Soziologe noch Philologe, vielmehr überhaupt kein Wissenschaftler bin, kann ich mich der Frage kaum wissenschaftlich nähern. Jedoch muß ich gestehen, daß auch die Erfahrungen und Einsichten, die mir als praktischem Politiker zur Verfügung stehen, die Antwort darüber, was denn eigentlich „rechts“ sei, nicht leicht machen. Vielleicht läßt sich die Antwort gar nicht mit solch hinreichender Allgemeinverbindlichkeit geben, als daß der Begriff „rechts“ überhaupt noch brauchbar wäre.

Ich habe nun eine ganz kleine private Meinungsforschung betrieben und über zwölf Leute gefragt, die sich selbst zum größten Teil wohl für „Linke“ halten würden. Sie haben auf die Frage nach dem Inhalt des Begriffs „rechts“ folgende Antwort gegeben: Konservativ, reaktionär, national, nationalistisch, faschistisch, nazistisch, antidemokratisch, autoritätsbedacht, autoritär, militärfromm, militaristisch, hierarchiebetont, völkisch, rassisch, antisemitisch, reichsbewußt, ständisch, bürgerlich, aristokratisch, feudalistisch. „Rechts“ erweckte bei meinen Gesprächspartnern Assoziationen wie Thron und Altar, Reichsidee, Adel, Großkapital, Besitz, Privilegien, Oberklasse, gewerkschaftsunfreundlich, unsozial, antisozial, rückschrittlich, Restauration, Metternich, Bismarck, Wilhelm II, Generalstab, „die Kriege werden immer von den Rechten angezettelt“, Hugenberg, Kurt Schumacher, Bauerntum, Blut und Boden, Richter und Staatsanwälte, Gymnasial-Studienräte, Offiziere, Unternehmer, Bischöfe. „Rechts“ sei ein Leitbild der Oberschichten, auf daß sie sich als Formel einigten, um ihre Privilegien zu verteidigen, „rechts“ sei ein Leitbild, das sich an der „guten alten Zeit“ orientiere, „rechts“ sei ein Leitbild der Konvention, der Ruhe und Ordnung und schließlich: „rechts“ sei ein bestimmter *Stil*.

Auf meine Frage: wie man diesen Stil denn bezeichnen könne, kamen folgende Assoziationen: Zylinder, steife Hüte, Handkuß, Frack, Orden, Marschmusik, Richard Wagner, Ernst Jünger, Gottfried Benn, Oswald Spengler, Ortega y Gasset, Ferdinand Hodler, eigenartigerweise auch Adolph v. Menzel (während übrigens sehr viele epochemachende Maler der letzten drei Generationen mit „links“ assoziiert wurden).

Eigentlich liefen alle diese Antworten darauf hinaus, „rechts“ sei das, was man im Rahmen des immerhin zulässigen weniger sympathisch, weniger moralisch, weniger überzeugend, weniger gerecht, weniger angemessen fand. Wahrscheinlich versteht derjenige, der sich selbst für einen Linken hält, unter „rechts“ vornehmlich ihm unsympathische Dinge. Und derjenige, der sich für einen Rechten hält, versteht unter „rechts“ vornehmlich ihm sympathische Inhalte. So war es zum Beispiel nicht unlogisch, von konservativen Gesprächspartnern zu hören, Cool Jazz sei „links“, Picasso sei „links“, überhaupt die ganze abstrakte Malerei, Umsturz und Revolution seien „links“, Auflehnung und Gewalt, ebenso Klassenkampf, Freidenkertum, Wohlfahrtsstaat, „Die Masse“, sagte jemand.

Meine Gesprächspartner waren alle nicht gerade ungebildet, im Gegenteil. Zunächst glaubten sie vielfach, es sei eine ganz leichte Sache, zu definieren, was „rechts“ ist und was „links“. Je länger aber das Gespräch, desto diffuser wurde der Begriff, um den es sich drehte. Ich muß gestehen: auch mir selbst wurde er immer diffuser.

„Rechts“ und „links“ sind offensichtlich sehr relative Begriffe, die nur noch sehr eingeschränkt von ihrer Entstehungsgeschichte her begriffen und benutzt werden. Sie sind offenbar beide relative Begriffe: ihr Inhalt ergibt sich jeweils aus der *Reactio*, aus der Reagenz auf etwas Unerwünschtes. Und eigentlich läßt sich nicht viel mehr sagen, als dieses: „*Rechts*“ ist, wer sich selbst dafür hält.

Deutlich ist dieses: wenn wir die Ultra-Linken und die Ultra-Rechten außer Ansatz lassen, dann haben sich in den letzten 100 Jahren die Begriffsinhalte von „rechts“ und „links“ gegenseitig weitgehend durchdrungen: auch die Rechten sind heute weitgehend für soziale Gerechtigkeit, für Demokratie und allgemein gleiches und geheimes Wahlrecht, für Vollbeschäftigung, für die Menschenrechte; auch die Linken sind heute gegen Umsturz, Revo-

lution, gegen Enteignung, gegen eine sogenannte Diktatur des Proletariats, gegen einen Massenmythos.

Am ehesten mögen viele unserer Mitbürger sich noch an ihrem persönlichen sozialen Status orientieren. So gibt es ohne Zweifel eine Menge Arbeiter, die auf Befragen trotz eigenen Grundbesitzes, Haus, Auto oder anderer Attribute des Besitzes, stolz erklären würden, daß sie „links“ seien, weil sie Arbeiter sind. Es gibt gleichermaßen Beamte und Angestellte ohne Grundbesitz und in wirtschaftlich schlechteren Verhältnissen als jene Arbeiter, die auf Befragen ebenso stolz erklären würden, daß sie „rechts“ seien, weil sie sich zum Mittelstand rechnen. Das läßt aber eigentlich nur den Schluß zu, daß es sich hier um ererbte Vorurteile handelt, Politische Standortbezeichnungen, die zur Zeit ihrer Väter oder Großväter noch durchaus bewußt zu begründen waren und Berechtigung in sich trugen, sind kritiklos übernommen worden, ohne daß der Tatsache Rechnung getragen wurde, daß die Bedingungskonstellation unserer gesamten Umwelt sich in der Zwischenzeit so verändert hat, daß diese Standortbezeichnungen nach ihrem inneren Gehalt kaum noch viel aussagen.

Wer zu den sozial und wirtschaftlich schwächeren Schichten gehört, tendiert in großer Zahl nach „links“, und zwar weitgehend aus Tradition — wer zu den Oberschichten gehört, nach „rechts“ — ebenso aus Tradition. Wir wissen allerdings, daß hier die Ausnahmen immer zahlreicher werden, wie ja auch die Exklusivität der Schichten und Klassen in einer fortgeschrittenen modernen Gesellschaft fortlaufend abnimmt. Und mit steigender Mobilität der Gesellschaft verliert der alte Klassenbegriff etwa Engelsscher oder Marxscher Prägung seinen Inhalt. So werden heute die Oberschichten unserer Gesellschaft keineswegs auch nur *einigermaßen* zutreffend durch das Eigentum an Produktionsmitteln charakterisiert. Die Soziologen sprechen heute statt dessen von drei verschiedenen Oberschichten:

- a) der „Macht-Elite“,
- b) der wirtschaftlichen Oberschicht,
- c) der Prestige-Oberschicht.

Unabhängig von seinem Anteil an der Macht und unabhängig von seiner manchmal sehr bescheidenen wirtschaftlichen Lage zählt ein Lord in England immer noch zur Prestige-Oberschicht, ein ordentlicher Professor in Deutschland desgleichen. Unabhängig von dem Ausmaß ihres

allgemein respektierten Prestiges und ihrer bescheidenen wirtschaftlichen Lage muß man aber heute ebenso bestimmte Gewerkschaftsführer, politische Führer und Funktionäre der Linken, Funktionäre in Parlament oder Regierung zur Macht-Elite rechnen. Und es gibt in der wirtschaftlichen Oberschicht Tausende, die abgesehen von ihrer engeren Umgebung weder allgemein anerkanntes Prestige noch Anteil an den Machtfunktionen von Staat oder Gesellschaft besitzen. Im feudalen Zeitalter fiel das alles noch in der gleichen Person und in einer einheitlichen Oberschicht zusammen — heute scheint es auseinander zu streben.

Zwar haben viele derjenigen, die zu den skizzierten heutigen drei Oberschichten gehören, sich den ursprünglichen politischen Grundattitüden der früheren Oberschicht angepaßt, d. h. also: den ursprünglich Konservativen; insofern stehen sie sicherlich „rechts“. Aber es sind auch viele in die Oberschichten gelangt, die sich als bewußte Gegner konservativer Grundhaltung verstehen. Nicht nur, daß auch die Labour-Party seit mehr als einer Generation über Lords verfügt — auch in Deutschland gibt es umgekehrt in zunehmender Zahl z. B. Bankiers, Kirchenfürsten und staatliche Machthaber, die sich als Linke verstehen.

Die soziologische Zugehörigkeit zu den Oberschichten legt in zunehmendem Maße nicht mehr allgemein den politischen Standort fest. Ein gleiches gilt *cum grano salis* für die Mittelschichten und erst recht für die Schichten der wirtschaftlich Schwächeren und derjenigen, die überhaupt keinen Anteil an irgendwelcher Macht und kaum Prestige als Schicht besitzen: Gerade in der Arbeiterschaft finden wir heute viele, die sehr bewußt und überlegt ablehnen, „links“ zu wählen. Und manche kleinen Leute wählen übrigens unbewußt *deshalb* „rechts“, weil sie mehr gelten möchten, als sie tatsächlich gelten. Es wäre also wohl unzutreffend, wenn wir heute schlechthin die Oberschichten als „rechts“ und die unteren Schichten als „links“ einstufen wollten. Zwar vermag die Tradition sehr viel, und immer noch hält sich die Mehrheit unserer Offiziere und Juristen für Rechte, die Mehrheit der Arbeiter für Linke, aber die Dinge sind im Fluß — und sie werden kaum wieder erstarren.

Und so, wie die politischen Ideologien des 19. Jahrhunderts verblassen, so verblassen auch die ursprünglich klaren Grenzen zwischen „rechts“ und „links“. Sicher jedoch werden wir auch in Zukunft sozialpolitische Reaktionen nach „rechts“ einstufen oder Fortschritts-

Fanatiker nach „links“. Aber warum eigentlich der argentinische Diktator Peron als Rechter angesehen wird, der kubanische Diktator Castro hingegen als Linker: das wird immer zweifelhafter werden; denn beide sind keine Demokraten, beide stützen sich politisch auf die gleichen großen Schichten der Besitzlosen jener Länder. Und warum ist Tito ein Linker, Franco ein Rechter? Beide regieren mit Hilfe rücksichtsloser Staatsallmacht, der eine stützt sich auf alte Oberklassen, der andere auf neue Oberklassen; und beide werfen den ins Gefängnis, der dies zu kritisieren wagt. Beide benutzen totalitäre Ideologien zur Legitimation, beide lassen den Willen zur Gerechtigkeit auf das Schwerste vermissen.

Oder sollte für die Einstufung nach „rechts“ und „links“ die Stellung zur Kirche maßgebend sein? Soweit die Kirche in unserer Zeit politisiert, so tut sie es meist zugunsten der Rechten, die katholische übrigens stärker als die evangelische. Noch vor knapp 100 Jahren aber stand in Deutschland die katholische Kirche *links* von jener evangelischen Kirche der Thron- und Altar-Epoche. Kann man deshalb sagen, die katholische Kirche habe inzwischen ihren Standort gewechselt? Oder hat sie nur — in einem schnell fortschreitenden gesellschaftlichen Prozeß — besonders stationär an ihren politischen Auffassungen festgehalten, die noch im 19. Jahrhundert (denken wir an Ketteler oder Kolping) besonders fortschrittlich waren und ist insofern nur *relativ* nach rechts gerückt?

„Rechts“ und „links“ sind wohl nur relative Klassifizierungsbegriffe — übrigens von allergrößter Qualität. Wie ist es zum Beispiel mit den heutigen Nachfahren des deutschen Liberalismus, der ursprünglich als „links“ angesehen wurde? Heute legt Erich Mende großen Wert darauf, im Bundestag *rechts* von der CDU zu sitzen, die weiß Gott nicht nur Konservative beherbergt, sondern sicher auch Politiker, die sich dem liberalen oder sozialen Gedanken verschrieben haben, und außerdem sogar einige Leute, die in meinen Augen schlicht Reaktionäre sind.

Hält Mende sich für konservativer als die CDU-Vertreter schleswig-holsteinischen Bauerntums oder für nationaler als Franz Josef Strauß? Oder geht es bei dieser Placierung nur ganz einfach um Wähler-Psychologie? Falls aber dies letztere der Fall sein sollte: wieso könnte denn ein Mann wie Thomas Dehler zustimmen? Andererseits: Die ur-

sprüngliche Ideologie des Liberalismus ist inzwischen weitgehend in die Vorstellungswelt der Sozialdemokraten, der Konservativen und auch sogar der Katholiken eingegangen: Die heutige FDP hat keine *eigene*, nur ihr zugehörige Ideologie, die sie als „links“ von den Konservativen fixieren könnte. Auch die CDU/CSU besitzt keine eigene, nur ihr zugehörige Ideologie, sie hat aber den größten Anteil an der *Macht*, und in der Bestrebung, sich diese zu erhalten — nicht eines programmatischen Konservatismus wegen —, verhält sie sich in dieser und jener Situation statisch und stationär. Und die Sozialdemokratie? Sie hat ihre Ideologie nach 1945 radikal überprüft, zum Teil erneuert, zum großen Teil beseitigt. Sie ist insofern keineswegs konservativ, was sie bis 1933 in erheblichem Maße war, sondern im eigentlichen Wortsinne fortschrittlich. *Deswegen* also könnte man sagen, sie sitzt zu recht auf der Linken.

Aber wenn ich mich selbst frage, ob ich ein Linker bin — so müßte ich sagen: wahrscheinlich, denn ich stimme überein mit dem Fortschritt in der Sozialdemokratie. Aber ich müßte bekennen, daß ich auch an manchen Tendenzen und Auffassungen in der FDP und in der CDU Gefallen finde. Wer im Grundsatz alles ablehnen wollte, was die gegnerische Partei tut und denkt, der wäre wohl im eigentlichen Wortsinn reaktionär. In diesem Zusammenhang möchte ich ein Wort von Fritz Erler zitieren: „Die Vorstellung aber, daß die Opposition immer links sein müsse, höhlt das demokratische Wechselspiel aus. Die Freiheit des Bürgers ruht in der Chance des Wechsels der Regierung. Nur eine Regierung, die fürchten muß, weggewählt zu werden, geht mit der Freiheit der Bürger sorgsam um. Nur eine Opposition, die damit rechnen muß, morgen zu regieren, ist gezwungen, sich von skrupelloser Demagogie freizuhalten. Deshalb darf man nicht ‚links‘ und Opposition gleichsetzen (und ich füge hinzu: ebensowenig ‚rechts‘ und Regierung), sondern muß die Funktionen von Regierung und Opposition zwischen ‚links‘ und ‚rechts‘ zu tauschen imstande sein. Dann sind wesentliche Aufgaben *jeder* Opposition die Kontrolle des Staatsapparates und der Schutz der Bürger vor Mißbrauch der staatlichen Gewalt. Die Partei ist immer nur ein Teil des Ganzen.“ *) Und ich füge wieder hinzu: Die Ultralinken und Ultrarechten aber sind Feinde des Ganzen!

*) in: Der Monat, Dezemberheft 1961, S. 48.

Links und rechts sind relative Begriffe — ebenso wie groß und klein, laut oder leise, schnell und langsam. Der Maßstab ergibt sich immer nur aus der konkreten historischen Situation, er gilt auch nur für diese! Was heute vor 60 Jahren im 100-m-Lauf eine erstklassige, eine Weltklasse-Zeit gewesen ist, das erreichen heute viele Primaner. Was vor 50 Jahren eine technische Großtat war, ist heute alltäglich. Was 1914—1918 schrecklich war, ist durch Stalingrad, Auschwitz und Hiroshima weit überboten worden. Was 1891 Hauptbestandteil einer linken Politik war, parlamentarische Demokratie, Menschenrechte, Sozialversicherung, Rechtsstaatlichkeit: heute wird es von der Rechten genau so akzeptiert. Und wenn damals von der Rechten gewaltsamer Umsturz und Revolte als Mittel zum Fortschritt bekämpft wurden, so hat heute die Linke gleiche Einstellungen.

Wir werden die Begriffe von „links“ und „rechts“ nicht ausrotten wollen — es auch gar nicht können. Wenn aber die Diskussion einen Zweck haben könnte, dann diesen: laßt uns in der politischen Auseinandersetzung nicht mit verschwommenen, diffus gewordenen Begriffen und Begriffsnamen arbeiten, sondern konkret und greifbar sagen, was wir wollen, wie, wann, unter welchen Bedingungen, warum

wir es wollen, zu wessen Nutzen, auf wessen Kosten, unter Inkaufnahme welcher Nebeneffekte oder Nachteile. Und ebenso umgekehrt: was wir nicht wollen.

Wir nützten und hülften uns gegenseitig sehr viel mehr, als wenn wir damit fortführen, uns bei vielen unpassenden Gelegenheiten gegenseitig Oblaten aufzukleben, wie „links“ oder „rechts“, denn diese bedeuten im politischen Tagesgeschehen doch eigentlich nichts anderes, als Freund oder Feind, ohne das gegenseitige Verständnis zu fördern.

Zum Schluß jedoch eine Diskussionsbemerkung von Walter Dirks: „Nichts ohne Not ändern, ist das stille Bekenntnis der echten Rechten. Das Notwendige tun, ist der lautere Wille der Linken.“ *) Offenkundig schließt aber das eine das andere nicht aus. Ich würde die Formel von Dirks akzeptieren: sie läßt gleichzeitig erkennen, wie nahe sich im Grunde doch „rechts“ und „links“ sind. Schließlich sitzen wir ja auch alle im gleichen Boot, und Backbord und Steuerbord können nicht unabhängig voneinander operieren, sondern sie bilden zusammen *ein* Schiff, das seinen Kurs im Strom zu bestimmen hat.

*) Zitiert nach Horst Krüger, Was ist heute eigentlich links?, in: Der Monat, Oktoberheft 1961, S. 15.